

Beide Autoren – so unterschiedlich ihre Perspektiven auch sind – gehen davon aus, dass es an den Peripherien der großen Machtzentren (beide nennen USA, China, Russland, EU, Münkler außerdem Indien) Zonen der „Instabilität“ (Münkler) bzw. „Verwüstungszonen“ (Seibert) gibt.

Beide Autoren gehen davon aus, dass die großen Machtzentren (einschl. der EU) bzw. das „Empire“ in diesen Randzonen „Ordnung“ schaffen müssen und werden: durch „Pazifizierungsoperationen“ (Münkler) mit dem nötigen Gewaltapparat oder durch bezahlte „Ordnungskräfte“, diese könnten „pro-russisch“, „pro-chinesisch“ oder auch „islamistisch“ sein und müssten sich mit den USA und der EU arrangieren; bei ihrem Handeln würden Menschenrechte so gut wie keine Rolle spielen (Seibert). Auch Münkler konstatiert, dass die westlichen universalistischen Werte in der Außenpolitik an Bedeutung abnehmen werden.

Unterschiede:

Münkler

Für Münkler ist der Begriff des „Hüters“ – den letztlich die USA verkörpern, während der UN-Sicherheitsrat kaum funktionsfähig war - positiv besetzt. Er betont, dass die großen Machtzentren – also auch die EU - an ihrer „Peripherie“ für „Ordnung“ sorgen müssen.

Im Kampf der großen Akteure um Einflussphären in einer Welt „ohne Hüter“ gehe es „um die Fähigkeit, einen eigenen politischen Willen zu haben und diesen auch zur Geltung bringen zu können.“ „Machtverschiebungen“ hängen „auch vom Willen der betreffenden Bevölkerung bzw. ihrer Eliten, die Mühen und Lasten einer regionalen Vormacht zu tragen – also Subjekt und nicht Objekt der Ordnung zu sein“, ab. Es gehe um eine „Kräftebalance“, die auch „Verbindungen und Kooperationen“ wie die Bearbeitung der Klimakrise ermöglichen würde.

Seibert:

Seibert sieht die „großen Ordnungsmächte“ als einheitliches „Empire“ (Hardt/ Negri), dessen Normalzustand die Krise ist. Als aktuell maßgeblichen Antagonisten sieht er den „religiösen Faschismus“.

Seibert kritisiert das „Empire“ grundlegend, da Menschenrechte, Demokratie und Kapitalismus im globalen Norden die Zunahme von „Verwüstungszonen“ in anderen Teilen der Welt voraussetzen und da dieser Zustand durch Abschottung und Gewalt aufrecht erhalten werden sollte. Seibert sucht nach einer „Politik jenseits des Empire“. Er fragt, wie die Gewalt in Afghanistan, Syrien, Haiti bekämpft werden kann und wie Demokratisierungsprozesse wie in der afghanischen Zivilgesellschaft – gegen das „Empire“ - unterstützt werden können.